

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigen-Preis: Die kleinste mögliche Zeile oder deren Raum wird mit 10 Pfg. auf der ersten Seite mit 25 Pfg. berechnet. Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis 10 Uhr abends vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben. Jeder Anspruch auf Nachdruck erlischt, wenn der Anzeigebetrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geht.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Freitag, den 11. Juni 1920

19. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Beiträge zur Viehsteuer — Entschädigung auf die Jahre 1919 sind bis spätestens 20. Juni 1920

bei hiesiger Ortssteuerannahme — Gemeindevorstand — abzugeben. Nach Fristablauf beginnt das geordnete Beitreibungswesen.

Ottendorf-Okrilla, am 10. Juni 1920.
Der Gemeindevorstand.

Ausstellung der Steuerkarten betr.

Nachdem durch Reichsgesetz bestimmt worden ist, daß die Steuerkarten bei der Lohnzahlung 10 vom Hundert des Lohnes zu zahlen des Arbeitnehmers anzubehalten sind, wird hierdurch bekannt gegeben, daß die Ausstellung der Steuerkarten für die am hiesigen Orte wohnenden oder beschäftigten Arbeitnehmer

am Montag außer an Sonnabenden von 3 bis 1/2 6 Uhr nachmittags im Sitzungszimmer des Gemeindevorstandes erfolgt.

Die Abholung der Steuerkarte hat bis 24. dieses Monats zu geschehen und ist bei Ausstellung ein Personalbescheinigung (Gemeinwertermeldung usw.) vorzulegen. Weiter wird noch darauf hingewiesen, daß Steuerkarten zunächst nur bei den Postanstalten gekauft werden können.

Ottendorf-Okrilla, am 10. Juni 1920.
Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

Das Reichskabinett hat am Dienstag den Beschluß gefaßt, dem Reichspräsidenten seine Entlassung zu überreichen, die Sozialdemokraten tags zuvor haben verkündet, daß sie mit diesem Schritt warten würden, bis das Ergebnis der Wahlen vorliege. Wenn sie diesen nicht so rasch wieder gedünkt haben, so ist das wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die noch ausstehenden Ergebnisse der Wahlen tatsächlich bereits das Scheitern der Koalition entschieden haben. Mag sein, daß die Sozialdemokraten schließlich noch eine winzige Majorität im Reichstag behalten wird, in jedem Fall wird die Koalition nicht mehr als genügend sein, um sich der gegenüberliegenden Opposition behaupten zu können. Es ist also nur eine lose Folge aus der schwarzen Niederlage, die sich Reichssozialisten und Demokraten im Reichstag holen haben, wenn sie mit ihrem Rücktritt freigegeben werden. Eine andere politische Konstellation schaffen, denn man wird sich klar sein müssen: die neue Regierung, die auch aussehn mag, kann niemals eine Fortsetzung der Koalition sein. Es fängt ein ganz neues Konto an, das mit der Erbschaft der Vergangenheit belastet ist, und darüber hinaus nicht belasten lassen wird mit den einer Politik, die in erster Linie Parteigeschäfte

Am Donnerstag vormittag wird der Vorkonferenz der Volkskammer zusammentreten, um über die Lage zu beraten und in erster Linie die Stellung der einzelnen Parteien zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen mit Bezug auf Sachsen klarzulegen. Nachdem die Reichstagsfraktion der Volkskammer beschlossen zu sein, daß die demokratischen Minister Dr. Reinhold Dr. Seyditz aus der Regierung auszutreten, um einen sozialistischen Kabinett Platz zu machen. Es würden also laut und bündig die durch die Reichstagswahlen entstandene politische Lage auf Sachsen angewandt, ohne das von Neuwahlen zur sächsischen Volkskammer abzuweichen. Die Unabhängigen Sachsens werden ihre Mitarbeit von einer unbedingt paritätischen Behandlung bei der Regierungsbildung abhängig machen wollen. Die Sozialdemokraten würden wiederum die Reichstagsfraktion mit den Deutschnationalen zu haben sein, was natürlich aber wollen offenbar die schwierige politische Lage zu gewinnen. Sehr nahe liegt die Annahme, daß die Regierungsparteien dahin übereinkommen die noch

der eigenen Entscheidung baren Arbeiten, vor allem den der Kammer vorliegenden Staatshaushaltsplan fertig zu machen, um sodann einer Ausschreibung von Neuwahlen zur Volkskammer das Wort zu reden. Dieser letztere Weg läge zwar im Sinne der regierenden sozialistischen Minister. Ein vollkommenes Klages Bild dürfte jedoch erst dann gezeichnet sein, wenn die zu erwartenden Erklärungen der Regierungsparteien heraus sind.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 10. Juni 1920.

— Fleischversorgung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg. Für die Woche vom 7. bis 13. Juni 1920 erhalten auf die Reichsfleischkarten Reihe „S“ Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—10 170 Gramm Gefrierfleisch für 3,20 M. und 80 Gramm amerikanisches Schweinefleisch für 1,90 M., für zusammen 5,10 M. Personen unter 6 Jahren auf die Reichsfleischkarte 1—5 85 Gramm Gefrierfleisch für 1,60 M. und 40 Gramm amerikanisches Schweinefleisch für 95 Pfg., für zusammen 2,55 M. Abschnitt 1 der Jungenrentenkarte wird in dieser Woche mit 250 Gramm Margarine für 6,50 M. beliefert.

— Einfuhrzulassungen. Für das Gebiet der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt wird folgendes bestimmt: Die Bekanntmachung vom 21. Mai 1919 über Einfuhrzulassungen wird hierdurch aufgehoben. Die noch unbelieferten Abschnitte der Einfuhrzulassungen für ausländisches Mehl, ausländisches Schmalz und ausländisches Pölschweinefleisch, sowie der Karten für inländisches Mehl werden außer Kraft gesetzt. Eine Belieferung dieser Karten mit Auslandslebensmitteln findet nicht mehr statt.

— Die zuständigen Stellen in Dresden äußern sich zu den Folgen des Preissturzes auf dem Lebensmittelmarkt folgendermaßen: Die zeitweilige Besserung unserer Baluta, ferner das Freiwerden größerer Lebensmittelbestände in den überseeischen Erzeugungsgebieten, die Zunahme des Weltmarktes und die Möglichkeit billigerer Beförderung nach Europa, bewirken zurzeit eine Senkung der Preise gewisser ausländischer Nahrungsmittel. Ob diese Bewegung von Dauer sein wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Sie hat aber schon jetzt zur Folge, daß das Reich, die Länder, die Kommunalverbände und Gemeinden gezwungen sind, Nahrungsmittel, die sie für die öffentliche Versorgung eingekauft haben, wie Reis, Hülsenfrüchte usw., unter dem Erziehungskosten abzugeben. Der Einkauf war nötig, weil man nicht wissen konnte, ob diese Bewegung schon vor der neuen Ernte eintreten würde und weil man für jeden Fall eine auch nur zeitweise Verschlechterung der Versorgung vermeiden mußte. Trotz des Tiefstandes unserer Waarenung mußten deshalb beizuteilen Nahrungsmittel aus dem Auslande für die Uebergangsmonate heringeholt werden. Mit der Möglichkeit von Verlusten, wie sie hier eintreten, mußten die Behörden rechnen. Der Vorteil, der durch die Preisenkung für die Bevölkerung entsteht in Gestalt verminderter Ausgaben für den Haushalt überwiegt aber jedenfalls die Nachteile, die der Gesamtheit aus der Deckung solcher Verluste erwachsen.

— Da die derzeitigen Viehpreise den gesteigerten Produktionskosten nicht mehr entsprechen, sind mit sofortiger Wirkung vom Reichswirtschaftsministerium neue Stallhöchste Preise für Vieh, die vom 7. Juni ab Gültigkeit haben, festgesetzt worden. Die bisher gezahlten Häutezuschläge, die bisher einen Ausgleich schaffen sollten, kommen damit in Fortfall. Es gelten fortan folgende Preise für den Zentner Lebendgewicht: Rinder Klasse A I 420 Mark, Rinder Klasse A 380 M., Rinder Klasse B 340 M., Rinder Klasse C 240 M., Kälber unter drei Monate 450 M., Schweine 350 M., Schafe Klasse I 400 M., Schafe Klasse II 350 M., Schafe Klasse III 300 M., Schafe Klasse IV 240 M. Es handelt sich somit um eine ganz beträchtliche Steigerung der Viehpreise und damit der Fleischpreise. Gewiß sind die Produktionskosten der Landwirtschaft besonders durch die Arbeitslöhne gewaltig gestiegen; aber wird bei solchen Viehpreisen der Mittelstand überhaupt in der Lage sein, sich künftig Fleisch für den Haushalt zu kaufen, wo schon jetzt große Mengen Fleisch von den Wochenerkäufern in den Fleischläden als unverkäuflich für gewisse Schichten der Bevölkerung liegen bleiben muß?

— Scharfer Rückgang der Fischpreise. Der Wirtschaftliche Verband der deutschen Hochseefischer e. V. schreibt:

„Seit Pfingsten macht sich ein außerordentlicher Rückgang in der Nachfrage nach Fischen im Binnenlande bemerkbar. Das hatte zur Folge, daß der Fischverhandhandel an der Küste nicht mehr in der Lage war, alle angebrachten Fische bei der Verteilung zu den vom Verband der Hochseefischer festgesetzten Preise abzunehmen, zumal seit Pfingsten auch teilweise sehr große Zufuhren an den Fischmärkten waren. Der Wirtschaftliche Verband der deutschen Hochseefischer sah sich daher genötigt, die freie Fischauktion einzuführen, um die Fische vor dem Verderben zu bewahren. Damit sind auch die vom Verband festgesetzten Verteilungspreise ungültig geworden, es gelten jetzt wieder die Auktionspreise als Einstandspreise für den Fischgroßhandel an der Küste. Die Auktionspreise sind infolge der geringen Nachfrage aber bedeutend niedriger als es die Verteilungspreise waren.“ Bei einer öffentlichen Versteigerung für Seefische an einem bedeutenden Zentralmarkt wurden für die einzelnen Fischsorten im Durchschnitt folgende Preise bezahlt für 100 Pfund: Kabeljau 100 Mark, Schollen, groß, 190 M., Schollen, mittel, 160 M., Rotzungen, groß, 150 M., Rotzungen, mittel, 130 M., Heilbutt 180 M., Katfisch 140 M., Seelachs 120 M., Lengfisch 140 M., Schellfisch 130 M. Es ist bemerkenswert, daß der Bericht über diese Auktion ausdrücklich hervorhebt, daß trotz der starken Nachfrage die vor der Einführung der Auktion festgesetzten Höchstpreise nur in den wenigsten Fällen erreicht wurden. Wenn nun der obengenannte Verband auf den deutschen Fischmärkten zur Einführung der freien Fischauktion übergeht, so kann man wohl annehmen, daß er das nur unter dem Zwang der Verhältnisse getan hat, und wir möchten hoffen, daß der Preisabsturz sich auch im Kleinhandel bald bemerkbar machen wird. Die Spannung zwischen den obengenannten Zentnerpreisen und den gezahlten Kleinhandelspreisen ist jedenfalls außerordentlich hoch.

— Der Kartoffelgroßhandel für den freien Verkehr. In der in der Handelskammer zu Berlin abgehaltenen, aus allen Teilen Deutschlands von 700 Personen besuchten Frühjahrstagung des Deutschen Kartoffelgroßhändlerverbandes wurde eine Entschliezung angenommen, der wir folgendes entnehmen: Die Kartoffelzwangswirtschaft ist zusammengebrochen. Es wird amtlich zugegeben, daß der größte Teil der Kartoffeln infolge der Zwangswirtschaft im Schleichhandel zu Preisen bis zum Zehnfachen des Höchstpreises bezahlt werden mußte. Die Städte haben sich der Lage nur dadurch anpassen können, daß sie ihre Speisekartoffeln auf dem Umwege des Saatkartoffelgeschäfts unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen deckten. Ungeheure Mengen sind bei den Erzeugern und den Stadtverwaltungen zugrunde gegangen, da die Ware nicht an den Mann zu bringen ist. Es ist bedauerlich, daß sich die Regierung nicht aufraffen kann, nachdem die Reichskartoffelstelle selbst die Notwendigkeit der Freigabe des Kartoffelverkehrs hat zugeben müssen, ein Ende zu bereiten. Der Deutsche Kartoffelgroßhandel lehnt jede Mitverantwortung für ein System ab, das sich als schadenbringend für das allgemeine Wohl erweist. Er wird seinerseits alles daransetzen, um das Zwangssystem zu stürzen und den freien Kartoffelverkehr zur Durchführung zu bringen.

Leipzig. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, eine zehnköpfige Zigarettenbanderole-Fälscherbande auszugeben deren Mitglieder teils hier teils in Dresden, Aue und Baugen wohnten und in Obercunewalde eine mit den modernsten Maschinen und Pressen eingerichtete Druckerei in einem gemäulichen Raume betrieben, in der sie nachweisbar Banderolebogen im Werte von über 1310000 Mark gefälscht haben. In Wirklichkeit ist die Anzahl der gefälschten Bogen noch eine bedeutend größere. Die Hauptschuldigen und eigentlichen Fälscher sind die Steinbrücker Bär und Köhler und der Handlungsgehilfe Viebscher aus Baugen, während die übrigen Verhafteten, darunter der vereidigte Bücherrevisor und Friedensrichter Sobbe in Aue und fünf Personen aus Dresden, beim Betriebe der Banderolebogen mitgewirkt haben. Der dem sächsischen Staate durch die Bande verursachte Schaden soll nach einer Meldung des Leipziger Polizeiamtes in die Millionen gehen.

Zwickau. Ausständig wurden die Arbeiter der Zwickauer Fahrzeugfabrik A. G. Da sie auf Aufforderung der Fabrikleitung die Arbeit nicht aufnahmen, wurden alle 635 Arbeiter entlassen.

Flörsberg. In den benachbarten Wäldern ist das Auftreten des in unserer Gegend höchst seltenen Wildschweines festgestellt worden.